Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe täglich Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 2.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 370. Montag den 9. November 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,
die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die vereinigte Freischule betr.

Diejenigen Eltern, welche um Aufnahme ihrer Ostern 1892 schulpflichtig werdenden Kinder in die Freischule nachsuchen gesonnen sind, **haben ihre Gesuche von jetzt ab bis spätestens den 14. November d. J.** in der Schulexpedition, alte Waage, Katharinenstraße 1, 1. Etage, Zimmer Nr. 4, Vormittags von 9—12 Uhr und Nachmittags von 3—6 Uhr **persönlich anzubringen und** die ihnen vorzulegenden Fragen vollständig und der Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig ein Zeugniß über das Alter des anzumeldenden Kindes und den Impfschein vorzulegen.

Leipzig, am 30. October 1891.

Der Schulaufsicht der Stadt Leipzig.
Walter. Lehnert.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist bei der unter Nr. 18, früher Nr. 333 des Registers des Amtsgerichts **Torgau** eingetragenen Firma:

H. Vogel

in Spalte 6 folgende Eintragung:

„Das Handelsgeschäft ist durch Vertrag auf den Kaufmann **Friedrich Wilhelm Wenzel** zu **Tommitzsch** übergegangen, welcher dasselbe unter der Firma:

H. Vogel Nachf.
W. Wenzel

fortsetzt. Vergleiche Nr. 14 des Firmen-Registers. Eingetragen zufolge **Verfügung** vom 29. October 1891 am 29. October 1891."

bewirkt worden.

Ferner ist in demselben Register unter Nr. 14 folgende Firma neu eingetragen worden:

„1) Nr. 14 (früher Nr. 18).
2) **Bezeichnung des Firmeninhabers: Kaufmann** Friedrich Wilhelm Wenzel zu Tommitzsch.
3) Ort der Niederlassung: **Tommitzsch.**
4) **Bezeichnung der Firma:**
H. Vogel Nachf.
W. Wenzel,
5) Eingetragen zufolge **Verfügung** vom 29. October 1891 an demselben Tage."

Tommitzsch, den 29. October 1891.

Königliches Amtsgericht.

Leipzig, 9. November.

* Das „Amtsblatt des Reichs-Postamts" veröffentlicht einen **Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler**, in dem er sich anerkennend über die Entwicklung des Post- und Telegraphenwesens, namentlich auch des Fernsprechwesens, und über die **Aufbesserung der Besoldung der Unter- und mittleren Beamten** dieser Verwaltung ausspricht.

* Ueber das **Unterbleiben des Zarenbesuches** in Berlin meldet der Berliner Correspondent der „Allgemeinen Zeitung": „Aus zuverlässiger russischer Quelle erfahre ich, daß von der russischen Botschaft in Berlin unter stillschweigender Zustimmung des Kaisers Alexander III. alle Vorbereitungen für einen Besuch getroffen waren. Staatssecretair v. Giers erwartete in Wiesbaden eine entsprechende Ordre und gab deshalb vorläufig den geplanten Besuch in Paris auf. Graf Schuwalow erwartete seinen Herrn mit Bestimmtheit. Auch das Hauptquartier in Petersburg hatte entsprechende Befehle erhalten. Plötzlich, etwa acht Tage vor Antritt der Reise, erklärte der Zar beiläufig: „Nach Berlin werde ich übrigens nicht fahren!" Schriftliche und mündliche Versuche, ihn umzustimmen, führten zu nichts. Berlin wurde auf eigenste Initiative des Zaren umgangen. Graf Schuwalow wie Herr Giers sollen nicht wenig alterirt sein, gegen ein „ich will nicht" giebt es aber kein Mittel."

* In Sachen des Falles Heintze werden in der nächsten Woche, wie die „Berl. Polit. Nachr." mittheilen, commissarische Berathungen zwischen den zunächst betheiligten preußischen Ressorts stattfinden, um die Beschlußfassung des Staatsministeriums über die zur Beseitigung der bei diesem Anlaß hervorgetretenen Mißstände vorzunehmenden Maßregeln vorzubereiten. Diese Berathungen sollen in raschester Folge stattfinden, damit in möglichster Beschleunigung der in dem bekannten kaiserlichen Handschreiben kundgegebenen landesväterlichen Willensmeinung entsprochen werden kann.

* Dem Vernehmen nach ist dem Bundesrathe ein Gesetzentwurf über die **Einnahmen und Ausgaben** der Schutzgebiete zugegangen. Nach demselben sollen alle Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für jedes Jahr veranschlagt und auf den Etat der Schutzgebiete gebracht werden müssen. Letzterer soll vor Beginn des Etatsjahres durch Gesetz festgestellt werden. Baldmöglichst nach Schluß des Etatsjahres, spätestens aber in dem auf dasselbe folgenden zweiten Jahre soll dem Bundesrath und dem Reichstag eine Uebersicht sämmtlicher Einnahmen und Ausgaben des ersteren Jahres vorgelegt werden. Ueber die Verwendung aller Einnahmen soll durch den Reichskanzler, den Bundesrath und Reichstag zur Entlastung jährlich Rechnung gelegt werden. Im Falle außerordentlichen Bedürfnisses soll die Aufnahme einer Anleihe, sowie die Uebernahme einer Garantie zu Lasten eines Schutzgebietes im Wege der Gesetzgebung erfolgen. Für die aus der Verwaltung eines Schutzgebietes entstehenden Verbindlichkeiten soll nur das Vermögen dieses Gebietes haften. Auf Schutzgebiete, deren Verwaltungskosten ausschließlich von einer Colonialgesellschaft zu bestreiten sind, sollen die Bestimmungen des Gesetzes keine Anwendung finden. Für das ostafrikanische Schutzgebiet sollen die Vorschriften über Einnahmen und Ausgaben erst mit dem 1. April 1894 in Kraft treten, sofern nicht durch kaiserliche Verordnung ein früherer Zeitpunct festgesetzt wird.

* Privatnachrichten bezeichnen das Befinden des **Fürsten Bismarck** als vorzüglich. Er beabsichtigt noch im Laufe dieser Woche von Varzin nach Friedrichsruh überzusiedeln, nachdem nunmehr dort verschiedene größere Bauten, insbesondere umfangreiche Stallungen, aufgeführt worden sind. **Fürst Bismarck soll in letzter Zeit wiederholt zu Personen seiner Umgebung die feste Absicht ausgesprochen haben, noch** im Laufe dieses Jahres nach Berlin zu kommen und an den Reichstagsverhandlungen theilzunehmen. Er dürfte indessen seiner früheren Gewohnheit, Reisepläne nach im letzten Augenblick zu ändern oder ganz umzustoßen, auch jetzt noch treu geblieben sein, zumal mächtige Einflüsse gegen sein Erscheinen im Reichstage arbeiten. Ueberdies ist es sehr ungewiß, ob die Handelsverträge noch vor Neujahr dem Reichstage zugehen werden. Nach den Weihnachtsferien würden allerdings nur noch wenige Wochen zur Erledigung der neuen Verträge übrig bleiben, da die bestehenden mit Oesterreich-Ungarn, Spanien, der Schweiz z. B. bereits am 1. Februar 1892 ablaufen, demnach das zu diesem Zeitpunct erneuert werden müssen, soll nicht eine für das wirthschaftliche Leben sehr bedenkliche Lücke in den vertragsmäßigen Beziehungen des Deutschen Reiches zu den genannten Mächten eintreten. Infolge wird sich die Genehmigung der Handelsverträge durch die verschiedenen gesetzgebenden Körperschaften um so schneller erzielen lassen, als es sich dabei thatsächlich nur um die Frage: „Annehmen oder Ablehnen?" handeln kann. Denn kein Parlament hat das Recht, an diesen Verträgen etwa Aenderungen im Einzelnen vorzunehmen. Es kann daher auch nur zu allgemeinen Erörterungen kommen, die beliebig abgekürzt werden können, weil von vornherein feststeht, daß im deutschen Reichstage eine stattliche Mehrheit für diese Verträge vorhanden ist.

* Von den **Schriften und Denkwürdigkeiten des** Generalfeldmarschalls Grafen **Helmuth von Moltke** möge ein Brief aus dem Frühling des großen Trauerjahres 1888 hier besonders hervorgehoben werden; er lautet:

„Berlin, den 24. Mai 1888. Lieber Ludwig! Ein neues Frühjahr zu erleben, halte ich jedesmal für eine besondere Gnade Gottes. Wenn man das sogenannte Alter überschritten, kann man nur bitten, daß der Herr einen gnädig zu sich nimmt, ohne zu viel Schmerzen und Altersbeschwerden. Zwar ist „nie der Tod ein ganz willkommener Gast", aber das nächste Jahr möchte ich nicht mehr erleben, es steht Deutschland eine schwere Zeit bevor und leider kann ich mich nicht in verborgene Stille zurückziehen. Bonus ille qui procul negotiis est; mir ist nicht beschieden, ich werde vielleicht noch dem künftigen König von Preußen den Eid der Treue zu leisten haben. Eben kommt ich von der Trauungsfeierlichkeit in Charlottenburg (der Vermählung des Prinzen Heinrich mit der Prinzessin Irene), die Zeitungen bringen die ausführliche Beschreibung. Die Braut mit der Krone auf dem Haupte und bedeckt mit den Kronjuwelen sah reizend aus. Mitten in den Glanz und die Pracht der Versammlung wurde die alte Kaiserin Augusta auf ihrem Rollstuhl hineingeschoben, ganz schwarz, ohne jeden Schmuck. Wir traten die Thränen in die Augen, als ihre Enkelkinder vor ihr niederknieten, ihr die Hand zu küssen. Dann trat der Kaiser ein, die hohe, stattliche Figur angebeugt, mit freundlichem Lächeln die Versammlung begrüßend. Nur die Augen schienen mir erloschen und die Athmung schnell und sehr schwer. Es ist herzzerreißend, ihn mit unerschöpflicher Geduld und Freundlichkeit gegen sein schweres Schicksal ankämpfen zu sehen; mit einem Fuß auf dem Throne, mit dem andern im Grabe! Meine Hausgenossen schicken Dir und Röschen, Deiner treuen Pflegerin, die herzlichsten Grüße. Und sei mit Gott befohlen. Dein alter, treuer Bruder Helmuth."

* Dem Vernehmen nach wird sich der Bundesrath demnächst mit einem Antrage zu befassen haben, nach welchem die Herstellung **unzüchtiger Druckschriften**, Abbildungen oder Darstellungen zum Zwecke des Verkaufs, der Vertheilung oder der sonstigen Verbreitung, sowie die Feilbietung, die Versendung zum Verkaufe oder Anbietung oder die öffentliche Anpreisung oder Ankündigung zum Zwecke des Verkaufs, der Vertheilung oder der sonstigen Verbreitung solcher Druckschriften, Abbildungen oder Darstellungen mit Geldstrafe bis zu 300 ℳ oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft werden soll. Bisher ist nur der Verkauf, die Vertheilung oder sonstige Verbreitung, die Ausstellung oder der Anschlag solcher Werke an Orten, welche dem Publicum zugänglich sind, im Strafgesetzbuch mit Strafe bedroht.

* Während für die pommersche und preußische Küste die nothwendige Ausstattung mit Fischereihäfen feststeht und die Ergänzung der vorhandenen Anlagen schrittweise nach Maßgabe der verfügbaren Mittel erfolgen dürfte, tauchen für die Nordsee mit der fortschreitenden Entwickelung der Hochseefischerei immer neue Bedürfnisse auf. So ist neuerdings der Plan der Errichtung eines **Fischereihafens in Blankenese** in ernstliche Erwägung genommen und es findet eben an Ort und Stelle die nähere Erörterung des Projects unter Betheiligung von Commissaren der betheiligten Ministerialressorts statt.

* Dem Vernehmen nach liegt es im Plane, in Zukunft zu den **Uebungen der Reserve und Landwehr** mehr Mannschaften des Beurlaubtenstandes heranzuziehen als bisher. Die Absicht soll dahin gehen, außer den besonderen Uebungsclassen wie Officieraspiranten, ehemaligen Einjährig-Freiwilligen, welche nicht Officieraspiranten sind, Volksschullehrern ꝛc. durchschnittlich jeden Mann im Reserve- und Landwehrverhältniß je eine Uebung von 14tägiger Dauer durchmachen zu lassen. Es dürfte sich dieser Plan, der natürlich neue Geldbewilligungen im Militairetat voraussetzt, um so eher verwirklichen lassen, als bekanntlich durch ein gegenwärtig dem Reichstage zur Berathung vorliegendes Gesetz für die Familien der Bedürftigen unter den zu den Uebungen eingezogenen Mannschaften gesorgt werden soll.

* In den letzten Jahren hat sich in der Armee ein recht beträchtlicher Mangel an **Roßärzten** fühlbar gemacht, welchem auch durch eine vor etwa vier Jahren erfolgte Löhnungserhöhung nicht abgeholfen ist. Man nimmt nun wohl mit Recht an, daß dieser Mangel im Wesentlichen auf die jetzige Unterofficierstellung der Roßärzte zurückzuführen ist. Um dem Mangel abzuhelfen und auch um den in letzter Zeit an die Vorbildung der Roßärzte gestellten höheren Anforderungen durch eine höhere Rangstellung zu entsprechen, beabsichtigt man, die Stellen der Roßärzte wenigstens zum größten Theile in Beamtenstellen umzuwandeln.

* Die Verhandlungen der parlamentarischen **Friedensconferenz** in Rom haben bisher nicht den Eindruck gemacht, daß sie in irgend einer Richtung die europäische Situation zu verbessern oder einen praktisch werthvollen Erfolg von welcher Art immer herbeizuführen geeignet wären. Man kann nicht sagen, daß dadurch die Hoffnungen und Erwartungen sehr getäuscht worden wären; denn sie waren von Anfang an sehr gering. In der öffentlichen Meinung begegnen diese Verhandlungen wachsender Gleichgiltigkeit, wenn sie nicht gar, wie in der Pariser Presse, zum Gegenstand offenen Spottes gemacht werden. Die tönenden Phrasen über Friedensliebe haben keinen praktischen Werth, ebenso wenig wie die Einsetzung parlamentarischer Schiedsgerichte ohne jede Vollmacht und Wirksamkeit und selbst ohne starke Unterstützung in der öffentlichen Meinung der betheiligten Länder. Ob die „Friedenscomités" international-parlamentarisch oder national-parlamentarisch eingerichtet werden, ist recht gleichgiltig; sie sind beide gleich werthlos. Dabei mußte man während dieser ganzen Verhandlungen in Sorge sein, daß die herrschenden Gegensätze und Leidenschaften zu einem die Stimmung nur noch mehr verbitternden Ausbruch kommen würden, und wiederholt ist in der That die deutsche Langmuth von französischer und italienisch-irredentistischer Seite zu bedauerlichen Herausforderungen mißbraucht worden. Franzosen waren übrigens nur ganz vereinzelt anwesend; für sie bildete die Entfernung Boulanger's aus dem Präsidium wegen seiner Aeußerungen über Elsaß-Lothringen ebenso den Grund des Fernbleibens, wie sie für die Deutschen, wenigstens zum Theil, die Vorbereitung der Anwesenheit war. Darin zeigt sich eben schon die vollkommene Unvereinbarkeit der Gegensätze. Man kann sich über den Frieden in Europa heutzutage nur in ganz allgemeinen Redewendungen unterhalten; es giebt aber kaum eine einzige bestimmte Frage, die es verträgt, daß man praktisch die Herbeiführung eines Ausgleichs versucht, ja auch in einer internationalen Versammlung nur davon spricht. Wenn wir um einen großen europäischen Krieg herumkommen, so werden es nicht Friedenscongresse und Schiedsgerichte bewirken, sondern die allgemeine Scheu vor der ungeheuren Verantwortung für einen Zusammenstoß, der an Furchtbarkeit und verheerenden Folgen alle Kriege der Weltgeschichte weit hinter sich lassen würde. Die Scheu vor dieser Verantwortung hat bisher noch immer die nationalen Leidenschaften niedergehalten, und wir wollen der Hoffnung nicht entsagen, daß es auch in Zukunft nicht der Fall sein wird. Vorläufig liegt aber die beste Bürgschaft des Friedens in der **Kraft zur Abwehr**, und diese möglichst zu befestigen und zu sichern, gebietet uns die Pflicht der Selbsterhaltung, so schwer wir auch daran zu tragen haben. Die nächstens wieder beginnende Reichstagssession mit ihren starken militairischen Anforderungen bringt so recht die harten Nothwendigkeiten des handelnden Lebens gegenüber wohlgemeinten, aber unfruchtbaren Friedensschwärmereien zur Darstellung. Das deutsche Volk und die Lenker seiner Geschicke würden aufrichtigen und freudigen Herzens die Hand bieten, wenn es möglich sein sollte, die erdrückenden Heereslasten zu erleichtern; aber wo, außer in vorzüglicher Ausbildung unserer Wehrkraft, haben wir die Sicherheit gegen feindliche Anfälle?

* Dem Reichstag liegt bekanntlich seit längerer Zeit ein von deutschfreisinnigen und nationalliberalen Angeordneten ausgehender Antrag vor, welcher durch einen Zusatz in der Reichsverfassung das Bestehen einer Volksvertretung in den Bundesstaaten erzwingen und damit die **mecklenburgische Verfassungsfrage** endlich zur Erledigung bringen will. Der Antrag war in früheren Jahren wiederholt vom Reichstag angenommen, vom Bundesrath aber abgelehnt worden. Ueber die Aussichten des Antrags im gegenwärtigen Reichstag hat sich nun dieser Tage der freisinnige und mecklenburgische Abgeordnete Dr. **Pachnicke** in verschiedenen Reden vor seinen Wählern in keineswegs zuversichtlicher Weise ausgesprochen. Er meinte, es sei keine so zuverlässige Mehrheit wie in den früheren Jahren für den Antrag vorhanden (trotz des vorjährigen großen Sieges über die „reactionairen" Parteien!). „Der Verfassungsantrag kam nicht zur Berathung, weil er noch nicht an der Reihe war. Für diesen Winter mag er zurückgestellt werden, mit Rücksicht auf die Krankheit des Großherzogs, welche Schonung gebietet. Aber der Antrag kommt wieder in dieser Legislaturperiode, noch vor den Neuwahlen, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten."

* Aus **Straßburg** wird gemeldet: Die heute stattgehabten **Landesausschußwahlen** sind im Ganzen **conservativ** ausgefallen. Das Ergebniß ist in zwei Kreisen geradezu als Triumph der deutschen Sache aufzufassen. In Molsheim wurde General zur Disposition Roeder v. Diersburg gewählt, obwohl er einen Eingeborenen als Gegencandidaten hatte und erst seit zwei Jahren im Elsaß ansässig ist. In Altkirch ist Sauner gewählt worden, der, wie gemeldet, im Wahlaufruf betont hatte, er sei der Ansicht, daß des Landes Zukunft nur in der unverbrüchlichen Zusammengehörigkeit zum deutschen Reiche liege. Diese beiden Ergebnisse — ein altdeutscher General und der Vertreter einer solchen Erklärung gewählt — drücken der diesmaligen Wahl den bestimmenden Stempel des Fortschritts des Deutschthums auf.

* * *

* Unter dem Vorsitze Menotti Garibaldi's fand in Rom eine Versammlung des Generalrathes der Veteranen statt, welcher auch Vertreter der Presse beiwohnten. Nach kurzer Debatte wurde eine Tagesordnung angenommen, in welcher es heißt, der Generalrath der Veteranen beschließt, sich als Comité zu constituiren und alle hervorragenden Persönlichkeiten der italienischen liberalen Partei zur Organisation einer Agitation zur Abschaffung des ersten Artikels der Garantiegesetze aufzufordern. Gleichzeitig wird eine aus drei Mitgliedern bestehende Commission beauftragt die Einladungen baldigst zu vertheilen.

* Die interparlamentarische „Friedensconferenz" genehmigte am Sonnabend die Resolution über Constituirung eines definitiven Bureaus der Conferenz mit dem gestern von Gaillard gestellten Abänderungsantrage, das Bureau als internationales parlamentarisches einzusetzen, sowie mit mehreren von Pafay beantragten Zusätzen. Hierauf wurde Pandolfi, Secretair des rumänischen Comités, durch Zuruf zum Generalsecretair ernannt und als Ort der nächsten Conferenz im Jahre 1892 Bern gewählt. Der Präsident machte hierauf Mittheilung von dem Antrage Imbriani, Hubbard und Genossen, betreffend Proclamirung des Nationalitätsprincips und der Rückgabe des Rechtes der Entscheidung über Krieg und Frieden an die Nationen und deren Vertreter. Das definitive Bureau, welchem der Antrag überwiesen wurde, beschloß in Gemäßheit der Geschäftsordnung, dem Antrage nicht Rechnung tragen zu können. Hubbard bekämpfte eine solche Auslegung der Geschäftsordnung und Imbriani schloß sich dem Proteste an, was zu einem lebhaften Zwischenfalle Anlaß gab. Gegenüber einem nunmehr von Hubbard gestellten Antrage, den von ihm und Imbriani gemeinsam gestellten Antrag auf die Tagesordnung der nächstjährigen Conferenz in Bern zu setzen, erklärte der Präsident, dieses sei gerade der Beschluß des definitiven Bureaus. Die Versammlung stimmte dieser Erklärung mit großer Mehrheit bei. Hierauf erklärte der Präsident mit einer Ansprache die Conferenz für geschlossen. Ein Antrag Macoarta, welcher auch von Gaillard, Bajer, Coelho, Passy und Anderen unterzeichnet ist und die Freiheit und Neutralität der Meerengen betrifft, wurde von der Versammlung an die nächstjährige Berner Conferenz verwiesen.

* Der „Messagiero" meldet, der Ministerpräsident di Rudinì werde in seiner Rede in Mailand alle organischen und administrativen Reformen auseinandersetzen, welche das Ministerium in Betreff der staatlichen, sowie der Provinz- und Communal-Verwaltung einzuführen gedenke. Rudinì werde die sociale Gesetzgebung erörtern und dem Wunsche Ausdruck geben, daß das Parlament jene Vorschläge, die ihm im Interesse der arbeitenden Classen unterbreitet werden sollen, genehmigen möge. Ferner werde Rudinì den Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland bestätigen und die Erklärung abgeben, daß das finanzielle Gleichgewicht ohne Auferlegung neuer Steuern hergestellt sei. Der auf die auswärtige Politik bezügliche Passus werde hervorragend friedlich sein.

* Aus **Paris** wird vom 7. November gemeldet: Gestern hat hier eine Feier mit intimem Charakter stattgefunden, welcher nur der Präsident, der Secretair und das Comité der elsaß-lothringischen Vereinigung beiwohnten. Am Monumente Gambetta's wurde das Herz des Letzteren, welches bis heute von Mde. Paul Bert aufbewahrt worden war, in eine Kapsel aus elsässischem Holze eingeschlossen und in das Monument niedergelegt, welches morgen feierlich vor den Verwandten und einigen Delegirten der elsaß-lothringischen Vereinigung enthüllt werden soll. Der ehemalige Minister Spuller wird die politische Bedeutung dieser nach dem Tode stattfindenden Feier darlegen.

* Es steht fest, daß Herr v. **Mohrenheim**, der russische Botschafter in Paris, sich beim Minister **Ribot** beklagt hat, daß Pariser Börsenschiebungen den Sturz der letzten russischen Anleihe bewirkten, und daß diese Manöver von Berliner Häusern ausgingen. Die finanzielle Schwäche Rußlands kann sich nicht offener enthüllen als durch die Selbstrechtfertigung, die in dieser „Beschwerde" des Pariser Botschafters des Zarenreiches liegt. Noch kläglicher freilich ist es, daß Ribot hierauf im Ministerrath seinen Collegen Rouvier um Abhilfe ersucht hat, worauf der Letztere einfach antworten mußte, der Niedergang der russischen Anleihe sei sehr natürlich durch die wirthschaftlichen Nothzustände in Rußland erklärt. Hiergegen sei nichts zu machen.

* Der Großfürst **Wladimir** stattete Sonnabend Nachmittag 5 Uhr dem Präsidenten der französischen Republik, **Carnot**, im Elysée-Palast einen Besuch ab, welchen Carnot alsbald erwiderte.

* Die **Wahlschlacht** in der irischen Stadt Cork ist zu Gunsten Martin Flavin's ausgefallen, so daß Cork nun zwei antiparnellitische Vertreter im Unterhause hat; der im Jahre 1886 gleichzeitig mit Parnell gewählte andere Vertreter ist Maurice Healy, ein jüngerer Bruder des vor einigen Tagen in Dublin thätlich angegriffenen Vertreters von Longford, Timothy Healy. Man meldet über den Verlauf der Wahl:

London, 7. November. Der gestrige Tag verlief in Cork in Folge der von den Behörden getroffenen umfassenden Vorsichtsmaßregeln ohne ernste Ruhestörungen. Im nordwestlichen Wahlbezirk, wo die Antiparnellites überwiegen, blieben Reibungen mit den Parnellites nicht aus, so daß es nöthig wurde, die Schutzmannschaft durch Truppen zu verstärken, welche das Wahllocal besetzten und die Ruhe aufrecht erhielten. Die katholische Geistlichkeit war in allen Wahlbezirken ungemein thätig zu Gunsten der Antiparnellites; ihrem Einflusse ist es hauptsächlich zu verdanken, daß Flavin, der antiparnellitische Bewerber, an Stelle Parnell's zum Mitvertreter Corks im Unterhause gewählt wurde. Die Parnellites setzten alle Hebel ein für John Redmond, die Unionisten verhielten sich ziemlich theilnahmslos.

* Es verlautet, daß die **Verlobung** des Prinzen **Ferdinand von Rumänien**, d. i. des Neffen des Königs **Karl von Rumänien** und künftigen **Thronfolgers** mit der Prinzessin von Edinburg (Enkelin der Königin von England) eine **Thatsache** ist, obwohl die amtliche Anzeige noch aussteht. Damit ist die Bacarescu'sche Angelegenheit beseitigt, und auch die Königin Elisabeth von Rumänien, die in dieser Beziehung ein Opfer der Ränke einer von Ehrgeiz geplagten Bojarenfamilie war, dürfte sich in voller Uebereinstimmung mit dem Entschlusse des Kronprinzen befinden. Von Seiten der Bacarescu ist Alles geschehen, um die Verlobung zu hintertreiben, es wurden angebliche Rechte der Helene Bacarescu auf den Prinzen Ferdinand auch beim englischen Hofe geltend gemacht. Dadurch ist die Veröffentlichung der Verlobung verzögert, aber nicht verhindert worden. In Rumänien ist man außerordentlich befriedigt, daß der künftige König sich durch Verschwägerung mit dem Königshause von England verbindet und damit der Möglichkeit eines Wiederaufwachens der alten, von Fürst Cuza her erinnerlichen Bojarenstreitigkeiten vorbeugt.

* Die **russische Presse** weist die **Mildthätigkeit**, wie sie sich auch in **Deutschland** zu Gunsten der Darbenden in Rußland regt, zurück. Mehrere hiesige Blätter wenden sich gegen den zu Anfang dieser Woche in Berlin von den Professoren v. Bergmann, A. Harnack, Consistorialrath Dr. Dalton und Pastor Keller zu Gunsten der Nothleidenden (namentlich in den deutschen Ansiedelungen Südrußlands) erlassenen Aufruf. Die ehemaligen Dorpater Professoren v. Bergmann und Harnack, sowie Dr. Dalton seien stets die eifrigsten Feinde der „russischen Staatshoheit, der historischen Mission des russischen Volkes und sogar der russischen orthodoxen Kirche" gewesen. Das mächtige Zarenreich und sein Hundertmillionenvolk bedürften gar keiner fremden Hilfe und Wohlthätigkeit. Solche „kosmopolitische Philantropie" habe Rußland nicht nöthig und sie seiner unwürdig. Es habe schon anderes Elend gekannt und überstanden und sei aus jeder Prüfung nur immer fester geschlossen, einheitsbewußter, mit immer größerer Erkenntniß seiner inneren Stärke und des „goldenen russischen Volksherzens", hervorgegangen (?).